Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände von Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720

Nr. 34. Berlin, Mittwoch, 29. April 1914. Sechsundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

5. Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Frauen und Mädchen. — Kinderarbeit. — Irland. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

5. Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Frauen und Mädchen H.-T.

(Schluß.)

Die Beratungen am zweiten Verhandlungstage wurden wirksam eingeleitet durch einen sehr interessanten Vortrag von Frl. Dr. Elisabeth Lüders. Dieser Vortrag hatte ganz besondere Bedeutung, weil die Referentin unserer Bewegung auch persönlich sehr nahe steht und eine treue Freundin unserer Bestrebungen ist. In Anbetracht dessen hatte sich auch eine ganze Anzahl Gäste, darunter auch Verbandsgenossen eingefunden; sie alle sowohl als auch die Delegierten verfolgten mit lebhaftem Interesse den durch zahlreiche Beispiele aus dem praktischen Leben erläuterten Vortrag über: „Wohnungspflege und Arbeiterhaushalt". Die Referentin erörterte das Thema vom Standpunkt der Wohnungsinspektion aus und führte ungefähr folgendes aus: In früheren Zeiten war die Wohnungsfrage nicht von so großer Bedeutung wie heute. Die Dichtigkeit der Bevölkerung in unserem Vaterlande hat erst die Schäden des Wohnungswesens erkennen lassen. Es ist ein großer Unterschied, ob man in einem kleinen Landorte lebt, oder gezwungen ist, im Gewühl der Großstadt sein Dasein zu verbringen. Selbst wenn man z. B. in Berlin über eine gleich große Wohnung wie in einem freien Landorte verfügt, hat die Wohnungsfrage doch eine ganz andere Bedeutung. Die Wohnungspflege hat nun die Aufgabe, die Wohnungsschäden zu beseitigen. Sie ist bemüht, aus der Vergangenheit zu lernen, um die Zukunft zu bessern. Das Wohnungsbedürfnis ist bedeutend entwickelt. Es muß nun noch gelernt und gelehrt werden, die Wohnung richtig zu benutzen. Wohnungsgelegenheit zu vermehren, ist eine Aufgabe der Wohnungsreform. Mit dieser hat die Wohnungspflege nichts zu tun. Zur Wohnungspflege gehört vor allen Dingen ein genaues Studium der Wohnsitten und der dabei hervortretenden Unsitten. Das Hauptübel ist ja, daß die Mieten für kleinere Wohnungen oftmals im keinem Verhältnis zu dem Einkommen der Arbeiter stehen. Verschiedentlich kann aber für das gleiche Geld die Wohnung viel vorteilhafter und gesundheitsförderlicher eingerichtet werden, als es in vielen Fällen geschieht. Ausreichende Schlafgelegenheit, die den gesundheitlich und sittlich notwendigen Anforderungen entspricht, ist das Haupterfordernis. Es muß nicht immer eine gute Stube vorhanden sein, obwohl natürlich auch der Arbeiterhaushalt nett und anheimelnd eingerichtet sein soll. Bevor das übliche Plüschsofa angeschafft wird, sollte man für genügende Betten sorgen. Gesundheit und Sittlichkeit sind das höchste Gut des Menschen; dies muß vor allen Dingen durch gute Wohnsitten den Kindern erhalten bleiben. Die Referentin führte eine ganze Anzahl Beispiele an für die Notwendigkeit der Wohnungspflege, und wie dieselbe Besserungen mancherlei Art erzielt hat. Das Lüften der Wohnungen wird in vielen Haushalten nicht genügend beachtet. Das Lüften der Zimmer, hauptsächlich in den Frühstunden, ist eine dringende Notwendigkeit. Die Feuchtigkeit vieler Wohnungen ist auf mangelhaftes Lüften zurückzuführen. Nicht immer trägt dafür die Schuld der derzeitige Bewohner, sondern der frühere hat Veranlassung zur Feuchtigkeit gegeben. Die Furcht vor Zugluft ist namentlich in den Großstädten stark übertrieben groß.

Auch der Arbeiter, namentlich als Familienvater, muß selbst etwas tun, um zu besseren Wohnsitten zu kommen. Seine persönlichen Ansprüche muß er im Interesse seiner Kinder, die einer möglichst gesunden Wohnung so dringend bedürfen, einschränken. Auch die Hauswirte müssen angehalten werden, für gute Instandhaltung der Wohnungen zu sorgen. Ihre Antipathie gegen kinderreiche Familien, die wiederum auf die Stellung der Mieter zurückzuführen ist, muß beseitigt werden. Die Aufgaben der Wohnungspflege durch die Wohnungsinspektion sind sehr vielseitig; sie sind auch schwierig. Ihre Lösung liegt aber durchaus im Interesse des Arbeiterhaushaltes. Wenn namentlich die organisierte Arbeiterschaft und vor allem die Frauen mithelfen, dann wird aus der eingeführten Wohnungsaufsicht der Nutzen für die kommenden Geschlechter nicht ausbleiben.

Reicher Beifall lohnte die von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen der Referentin. Eine kurze Diskussion und ein fesselndes Schlußwort schlossen die Ausführungen der geschätzten Rednerin wirksam ab. Unter großem Beifall sprach die Vorsitzende der Referentin den Dank für den Vortrag aus.

Die Erörterung der Anträge zum Gewerkvereinsstatut nahm geraume Zeit in Anspruch. Referentin für diesen Punkt der Tagesordnung war die Geschäftsführerin. Die Beitragsfrage führte namentlich zu längeren Aussprachen. Der Beitrag beträgt für nichterwerbstätige Mitglieder und Heimarbeiterinnen in Zukunft 10 Pfg. pro Woche, für erwerbstätige 15 Pfg. Die Schaffung weiterer Beitragsstufen wurde abgelehnt. Den aktiven weiblichen Mitgliedern der Jugendabteilungen der Deutschen Gewerkvereine wird in Zukunft beim Uebertritt in den Gewerkverein das Eintrittsgeld erlassen und die Hälfte der Mitgliedschaft auf die Wartezeit angerechnet. An den Unterstützungen wurde Wesentliches nicht geändert. Die Steigerungssätze bei der Arbeitslosenunterstützung sollen bei den bereits ausgesteuerten Mitgliedern in den der Aussteuerung folgenden Jahren nicht zur Anwendung kommen. Die Schaffung einer Unterstützung bei gelegentlichem Aussetzen der Beschäftigung wurde abgelehnt. In solchen Fällen Unterstützung zu gewähren, ist eine Aufgabe der Lokalkassen. Dagegen kann der Hauptvorstand auf Befürwortung der Ortsvereinsversammlung den Mitgliedern, die fünf Jahre dem Gewerkverein angehören und Unterstützung noch nicht erhalten haben, in besonderen Fällen eine Unterstützung gewähren.

Die Vertretung des Gewerkvereins auf dem Verbandstage ist statutarisch geregelt worden. Die Vertreterin ist die Hauptvorsitzende, im Falle der Behinderung tritt die Geschäftsführerin an ihre Stelle. Die Einrichtung von Lokalkassen hält der Delegiertentag für dringend notwendig. Bei Auflösung des Ortsvereins müssen die Bestände der Hauptkasse eingesandt werden.

Für die Anträge zum Organ, zur Agitation und Geschäftsordnung war Referentin Frau Slabke-Görlitz. Die Generalversammlung beschloß, das Organ im größeren Format monatlich einmal erscheinen zu lassen. Die Mitarbeit aller Mitglieder am Organ wurde für notwendig gehalten. Die Aenderung des Formats und des Titels des Organs soll im nächsten Jahr erfolgen. Unter verschiedenen Anträgen wurde beschlossen, nach einjähriger Mitgliedschaft freie Abstempelung der Beiträge bei Arbeitslosigkeit bis zur Dauer von 6 Wochen nach erfolgter Aussteuerung zu gewähren. Als Delegiertensteuer soll jährlich der Betrag von 10 Pfg. von den Mitgliedern obligatorisch erhoben werden. Ein Antrag auf Vervielfältigung der Protokolle der Hauptvorstandssitzungen wurde abgelehnt. Wichtige Beschlüsse des Hauptvorstandes sollen im Organ besprochen werden. Zur Frage der Agitation lag eine ganze Reihe von Anträgen vor. Es soll in Zukunft mehr auf die Berufsvereine eingewirkt werden, daß sie sich um die Organisation der Frauen in erhöhtem Maße kümmern. Die Forderung des passiven und aktiven Wahlrechts der Frauen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten soll energisch vertreten und propagiert werden. Den Ortsvereinen wurde die Betätigung bei sozialen Wahlen zur Pflicht gemacht. Ebenso soll die Jugendbewegung innerhalb der Deutschen Gewerkvereine mehr durch die Mitglieder des Gewerkvereins der Frauen und Mädchen gefördert werden. Die Generalversammlung stimmte dann den in sozialpolitischen Angelegenheiten gestellten Anträgen zu und beauftragte den Hauptvorstand energisch in diesem Sinne zu wirken.

Die Anträge zum Beihilfefonds wurden durch Frau Krause-Liegnitz als Referentin behandelt. Die Anträge auf Erhöhung der Altersgrenze wurden abgelehnt. Die Unterstützungsdauer in Krankheitsfällen wurde auf 6 Wochen verlängert. Für die Verwaltung des Beihilfefonds ist bisher den Kassiererinnen eine Entschädigung nicht gewährt. Diese Selbstlosigkeit hat den guten Bestand der Kasse mit herbeiführen helfen. Es wurde in dieser Beziehung beschlossen, für die Verwaltung des Beihilfefonds den Ortsvereinen 3 Prozent der Einnahmen zur Verfügung zu stellen, 1 Prozent davon erhält mindestens die Kassiererin.

Die Wahlen zum Hauptvorstand ergaben folgende Zusammensetzung: Frau Wilhelm, Hauptvorsitzende, Frl. Anna Urban, Stellvertreterin. Als Beisitzerinnen wurden gewählt: Frl. Saß, Schumacher, Silbermann, Frau Leonhardt und Hüttig. Auswärtige Hauptvorstandsmitglieder sind: Frau Donath-Döbeln, Becker-Magdeburg, Heimberger-Dresden, Krause-Liegnitz, Samietz-Gotha und Muck-Danzig. Zu Hauptrevisoren wurden gewählt Frau Wrede, Frl. Aug. Urban und Neustedt. Vertreterin im Zentralrat ist Frl. Silbermann. Da die Geschäftsführerin ihr Amt für den Verein nur als Uebergangsstadium betrachtet hatte und mit Dank für die Unterstützung das Amt in die Hände der Abgeordneten zurücklegte, wurde beschlossen, diese Stelle bei den Berliner Vereinen zur Ausschreibung zu bringen und die Wahl durch den gesamten Hauptvorstand vornehmen zu lassen.

Die Beschlüsse der Generalversammlung treten mit dem 1. Juli in Kraft.

Nach anfeuernden Ansprachen des Verbandsvertreters und der Hauptvorsitzenden ging die Generalversammlung mit einem Hoch auf die gute und gerechte Gewerkvereinssache und dem Gelöbnis unwandelbarer Treue zum Verein auseinander. Die Generalversammlung hatte eine außerordentlich fleißige Arbeit geleistet, die hoffentlich voll und ganz dem Gewerkverein der Frauen und Mädchen und seiner Entwicklung zugute kommt.

Kinderarbeit.

Trotz des Kinderschutzgesetzes sind die mit der Kinderarbeit verbundenen Mißstände und Auswüchse bei weitem nicht in dem erhofften Maße beseitigt worden. Das liegt zum großen Teil auch daran, daß es weder der privaten noch der amtlichen Erhebung möglich gewesen ist, einen genauen Einblick in die Verhältnisse zu gewinnen. Mancherlei Umstände tragen dazu bei. Zum Teil ist es das Mißtrauen, daß den Fragestellern entgegengebracht wird, zum Teil auch Unkenntnis und Wichtigtuerei. Unter diesen Umständen dürfte eine von Dr. Bierer veranstaltete Erhebung, deren Ergebnisse im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Ergänzungsheft XI, veröffentlicht worden sind, von gewissem Interesse sein. Die Arbeit bezieht sich auf den Kreis Sonneberg, in welchem die industrielle Kinderarbeit weit verbreitet ist, und wenn auch die Zustände in diesem Kreise nicht typisch sind für ganz Deutschland, so kann man aus der Arbeit doch erkennen, in welch hohem Maße die Kinderarbeit noch ausgebeutet wird.

Die mit Hilfe der Lehrer vorgenommene Erhebung erstreckt sich über 13 488 Volksschüler. Von diesen waren 7838, d. h. 58,1 Prozent erwerbstätig. Auf die Hausindustrie allein entfielen 5302 oder 39,2 Prozent aller Kinder. Sie machten etwa ein Drittel sämtlicher Heimarbeiter aus und wurden zu den verschiedensten Arbeiten herangezogen, darunter zu recht gesundheitsschädlichen, wie Drücken von Papermachéwaren und Blasen von Christbaumschmuck, Glasperlen und Puppenaugen. Diese gesetzlich erlaubten Beschäftigungen stehen manchen verbotenen an Gefährlichkeit nicht nach. Aber es dürfte allerdings auch kaum viel Erfolg haben, sie zu untersagen. Was Bierer in Bezug auf die Nichtbeachtung des Gesetzes ermittelte, ist geradezu entmutigend.

Trotz der völligen Beschäftigungsverbote bis zum 10. Lebensjahre fanden sich schon in der untersten Schulklasse von den Kindern zwischen 6½ und 7½ Jahren 27,7 v. H. hausindustriell tätig, in den beiden folgenden Jahrgängen stieg der Anteil auf 33,9 v. H. und 36,1 v. H.; im ganzen hatten 35,1 v. H. der arbeitenden Kinder das 10. Lebensjahr noch nicht erreicht. Außerdem gaben 436 Kinder an, schon im vorschulpflichtigen Alter gearbeitet zu haben. Ebensowenig wie um das Schulalter bekümmerte man sich um die Vorschriften über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, die Tagesstunden und die Pausen. 31 v. H. der Kinder arbeiteten durchschnittlich mehr als 3 Stunden täglich; Arbeitszeiten von 6 bis 8 Stunden und sogar darüber kamen keineswegs vereinzelt vor. 219 Kinder wurden regelmäßig vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt und 424 Kinder gewöhnlich und 398 Kinder gelegentlich nach 8 Uhr abends. 2129 hatten keine Pause nach dem Nachmittagsunterricht und 1829 nicht die vorgeschriebene Mittagspause. Die Sonntagsruhe wurde nicht überall eingehalten, und für die Notwendigkeit einer gründlichen Ferienausspannung schien das Verständnis erst recht zu fehlen. Ein Viertel der Kinder wurden in den Ferien über 48 Stunden wöchentlich zur Arbeit herangezogen, dann 7,6 v. H. angeblich zwischen 61 und 72 Stunden und noch 1 v. H. über 72 Stunden. Dabei handelt es sich durchaus nicht überwiegend um Saisonbeschäftigung, so daß in stilleren Geschäftszeiten auf einen gewissen Ersatz der verkürzten Ferienruhe zu hoffen wäre; 70,6 v. H. der Kinder arbeiteten das ganze Jahr hindurch, wenn auch wohl nicht immer die gleiche Stundenzahl; zur Zeit der Erhebung hatte die Industrie nach einer Periode des Tiefstandes gerade wieder einen kräftigen Aufschwung genommen.

Insgesamt ergab die Erhebung, daß von 5128 Kindern, die brauchbare Angaben machten, nur 14,6 v. H. in gesetzlich zulässiger Weise beschäftigt wurden, bei über ⅚ also gegen das Gesetz verstoßen wurde und zwar zum großen Teil gegen mehrere Vorschriften zugleich.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß das Kinderschutzgesetz völlig Fiasko gemacht hat. Dabei muß gesagt werden, daß Sachsen-Meiningen sich mehr als jeder andere Bundesstaat um die Beseitigung der Schäden der Kinderarbeit bemüht hat. Allerdings hat man mehr durch Belehrung als durch Strafandrohung zu wirken gesucht, und in den sehr zahlreichen Fällen, wo eine Anzeige erfolgte, war die verhängte Geldbuße äußerst niedrig und wurde außerdem manchmal in Teilbeträgen eingezogen; sonst wäre sie wohl überhaupt oft nicht zu erlangen gewesen. Besondere Schwierigkeiten stellen der Durchführung des Gesetzes mangelndes Verständnis und Widersetzlichkeit entgegen. Vor allen Dingen jedoch ist es die wirtschaftliche Not, die die Eltern zur Beschäftigung ihrer Kinder zwingt, und zu deren Behebung trägt das Gesetz nicht das geringste bei. Deshalb können wir der „Soz. Prax.", der wir obige Angaben entnehmen, nur recht geben, wenn sie verlangt, daß in irgend einer Form Ersatz für den fortfallenden Lohn der Kinder geschafft werden müsse, wenn man der Durchführung des Kinderschutzes die Bahn ebnen will. Stärkung der Hausarbeiter durch Staatshilfe und Unterstützung ihrer Selbsthilfebestrebungen und unmittelbare Fürsorge für die Kinder durch Schulspeisung, Kinderhorte und Kindergärten sind die Mittel, die auch Dr. Bierer auf Grund seiner Untersuchung wieder empfiehlt.

Irland.

Alle die Vorgänge, die jetzt in England zu einer Ministerkrisis und zu schweren inneren Wirren geführt haben, lenken wieder einmal die Aufmerksamkeit darauf hin, welcher Gegensatz zwischen der angelsächsischen und der keltischen Bevölkerung Irlands besteht und daß Irland ein Pfahl im Leibe Großbritanniens ist. Der Besitztitel Englands auf Irland ist jetzt 760 Jahre alt, doch ist in dieser ganzen Zeit keine Verminderung der Gegensätze eingetreten. Freilich hat die englische Regierung auch gleich bei den ersten Versuchen zur Festigung ihrer Herrschaft in Irland Fehler gemacht, die notwendigerweise dazu führten, daß sich die Irländer von den Engländern abgestoßen fühlen mußten. Sehr schlimme Folgen entstanden von vornherein daraus, daß viele englische Barone in Irland mit großen Ländereien beschenkt wurden. Diese englischen Großgrundbesitzer lebten fast das ganze Jahr in England und begnügten sich damit, von ihren irischen Besitzungen Renten einzuziehen. Zwar wurde im Mittelalter einmal ein Gesetz publiziert, daß den Grundbesitzern die Pflicht auferlegte, auf ihren Besitzungen zu wohnen, aber dies Gesetz scheint nicht durchgeführt worden zu sein, und noch heute haben englische Barone einen großen Teil des irischen Bodens im Besitz.

Unter den fortwährenden Unterdrückungen des irischen Volkes und bei fast ständigen Revolten, die mit einer Grausamkeit durchgeführt und bekämpft wurden, wie sie in gleicher Weise kaum wieder in der neueren Geschichte vorkommt, versank die Bevölkerung Irlands immer mehr in Elend und Unkultur. Während des Verlaufes der irischen Revolutionen wurden hunderttausende von Menschen niedergemacht oder deportiert, und der Landbau verfiel immer mehr. Daran waren aber nicht nur die Revolutionen schuld, sondern auch die Art der Landbesteuerung trug dazu bei. Bis ins 18. Jahrhundert hinein erhob nämlich die englische Regierung von den Feldern der irischen Grundbesitzer den „Zehnten", das heißt die Bodenbesitzer mußten 10 Prozent ihres Ernteertrages als Steuer abführen. Außerdem wurde diese Steuer in sehr rigoroser Weise eingezogen, da die Regierung sie an Steuerpächter verpachtet hatte, die natürlich bemüht waren, möglichst viel Geld einzuziehen. Von den Weiden brauchte der „Zehnte" nicht entrichtet zu werden, und so wurde immer mehr Ackerland in Weideland umgewandelt. Auf diese Weise konnten sich wohl die großen Grundbesitzer den Bedrückungen der Steuerpächter entziehen, die kleinen Besitzer aber, die ihre Felder brauchten, um darauf für den eigenen Bedarf Kartoffeln und Getreide zu bauen, waren den Steuerbedrückungen durch die Steuerpächter um so mehr ausgesetzt.

Durch die ständige Verringerung des Ackerlandes vollzogen sich auch weitgehende soziale und wirtschaftliche Umänderungen. Der Bedarf nach Arbeitskräften wurde immer geringer, das Elend unter der Bevölkerung nahm immer schärfere Formen an, und der Haß gegen die Engländer und gegen die englische Regierung wuchs ständig. Als dann im 19. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten der Bedarf nach Arbeitskräften größer wurde, als den Einwanderern im Westen der Union immer wieder große Flächen zur Landbebauung überwiesen wurden, begann in Irland eine Auswandererbewegung nach Amerika, wie sie in gleichem Umfange bisher noch nicht beobachtet worden ist. Wenn man die Einwohnerzahlen von Deutschland und Irland vergleicht, muß selbst die Zahl der deutschen Auswanderer, die im 19. Jahrhundert nach Amerika zogen, gering erscheinen. Die Auswanderung von Irland während des 19. Jahrhunderts war so groß, daß Irland im Laufe der letzten 7 Jahrzehnte in seiner Bevölkerungszahl bedeutend zurückgegangen ist.

Eine Volkszählung im Jahre 1841 ergab für Irland eine Bewohnerzahl von 8 196 597 Personen. Dann aber kamen besonders schlechte Jahre, die sogenannten „irischen Hungerjahre", und es strömten riesige Scharen nach Amerika ab. Vom Jahre 1841 bis zum Jahre 1851, also in einem Zeitraum von zehn Jahren, wanderten mehr als 2¼ Millionen Personen aus Irland aus. Im gleichen Zeitraum sank die Bevölkerungszahl um ungefähr 1 700 000 Personen. In den späteren Jahrzehnten erreichte zwar die Zahl der Auswanderer nicht mehr die Höhe der vierziger Jahre, aber immerhin verringerte sich die irische Bevölkerung bis zum Jahre 1880 um 3,4 Millionen Personen. Statistiker und Volkswirte haben berechnet, daß im gesamten 19. Jahrhundert rund 8 Millionen Personen von Irland nach Amerika gewandert sind. Vom Jahre 1841 bis zum Anfang des neuen Jahrhunderts hatte sich die Bevölkerung Irlands beinahe um die Hälfte vermindert. Da einige industrielle Bezirke eine durchaus normale Entwicklung aufweisen, muß der Bevölkerungsrückgang in den rein ländlichen Bezirken noch viel stärker gewesen sein.

Irland ist das einzige Land Europas, das im 19. Jahrhundert einen Bevölkerungsrückgang aufwies. In welchem Maße Irland in der Bevölkerungszahl einen Rückgang gemacht hat, kann man am besten erkennen wenn man bedenkt, daß die irische Bevölkerung im Jahre 1841 33 Prozent der gesamtbritischen Bevölkerung Europas ausmachte, wogegen Irland jetzt nur noch 10 Prozent der britischen Bevölkerung stellt.

Die jetzt angenommene Homerulebill soll den Irländern eine größere Selbständigkeit zusichern, und man hofft von diesem Gesetz auch eine weitgehende Besserung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Irlands. Es wird aber einer jahrzehntelangen Arbeit bedürfen, ehe in Irland wieder Verhältnisse eintreten, die man als geordnete bezeichnen kann.

A. M.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 28. April 1914.

Die große Kundgebung der Gesellschaft für Soziale Reform am 10. Mai zur Förderung der Sozialpolitik findet in der „Neuen Welt" zu Berlin, Hasenhaide 108/114 statt, und zwar in der Zeit von 12—2 Uhr. Wie wir bereits mitgeteilt haben, wird Professor Francke das einleitende Referat halten, Arbeiter- und Angestelltenführern wird Gelegenheit gegeben, ihre besonderen Wünsche zum Ausdruck zu bringen, und zum Schluß wird der Staatsminister Frhr. v. Berlepsch eine Schlußansprache halten. Der Verband der Deutschen Gewerkvereine ist der Gesellschaft für Soziale Reform als korporatives Mitglied angeschlossen. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben deshalb die Pflicht, mit dafür zu sorgen, daß jene Veranstaltung zu einer machtvollen Kundgebung sich gestaltet. Durch Handzettel, die demnächst in den Ortsvereinen zur Verteilung gelangen, werden unsere Mitglieder nochmals zum Besuch der Versammlung eingeladen. Es wird erwartet, daß die Ortsvereine sich den 10. Mai freihalten und alles aufbieten, daß die Mitglieder an der Versammlung teilnehmen.

* * *

Der Jahresbericht unseres Gewerkvereins der Holzarbeiter für 1913 liegt gedruckt vor und läßt ebenfalls erkennen, wie schwer die Krise die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflußt hat. Obwohl die ganze Situation für Arbeitskämpfe ungünstig war, wurden doch im Jahre 1913 für Streik und Aussperrung 24 060,85 Mk. gezahlt, weil die Versuche der Unternehmer, die abgeschlossenen Verträge zu umgehen, zu Abwehrkämpfen führten. Für Arbeitslosenunterstützung wurden nicht weniger als 36 555,65 Mk. verausgabt. Ein Zeichen der Zeit! Die Summe für Rechtsschutz hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas gesteigert und belief sich auf 1363,75 Mk. Für Reise- und Wanderunterstützung wurden 1754,16 Mk. und für Uebersiedelungsunterstützung 1098,03 Mk. ausgegeben. Für außerordentliche Notstandsunterstützungen und Beitragsabstempelung machte sich eine Summe von 8606,84 Mk. erforderlich.

Es ist bekannt, daß in Zeiten großer Arbeitslosigkeit auch die Krankenkassen stark in Anspruch genommen werden. Auf nicht weniger als 46 730,61 Mk. beläuft sich denn auch die Summe, die im Jahre 1913 an Krankenunterstützung gezahlt wurde. Dazu kommen noch 9924 Mk. für Begräbnisgelder. Alles in allem hat unser Gewerkverein der Holzarbeiter den stattlichen Betrag von 130 093,89 Mk. an Unterstützungen verausgabt, das sind 14 281,39 Mark mehr als im Jahre 1912, das doch auch schon im Zeichen der Krise stand.

Das Vermögen des Gewerkvereins betrug am Schlusse des Jahres 288 847,72 Mk.; es ist um etwa 5000 Mk. gegen das Vorjahr zurückgegangen. Auch darin kommen die Wirkungen der Krise zum Ausdruck. An und für sich, so meint die „Eiche", ist die Abnahme keine bedeutende. Rechnet man aber mit der Tatsache, daß das Unternehmertum immer mehr bestrebt ist, seine Kassen auszubauen, so müssen auch auf der diesjährigen Generalversammlung Mittel und Wege gefunden werden, um eine Stärkung der Kasse herbeizuführen.

Auch die Mitgliederbewegung ist keine befriedigende; die Fluktuation ist immer noch zu groß. Deshalb muß es die Hauptaufgabe sein, dafür Sorge zu tragen, daß die gewonnenen Mitglieder auch erhalten bleiben. Es ist kein Trost, daß dieselben Erscheinungen noch in verstärktem Maße sich auch in andern Organisationen zeigen, sondern alle verfügbaren Kräfte müssen aufgewandt werden, um den Gewerkverein nach innen und nach außen hin zu stärken.

* * *

Ein Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht hat am Sonnabend in Berlin stattgefunden. Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer-Frankfurt am Main sprach über „die Notwendigkeit eines einheitlichen Angestelltenrechts." Als das Ergebnis der Tagung, an der eine ganze Anzahl von Verbänden der kaufmännischen und technischen Angestellten teilnahm, ist die einstimmige Annahme folgender Entschließung zu betrachten:

„Die bestehenden Unterschiede in den Rechtsverhältnissen der verschiedenen Angestelltengruppen sind weder in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, noch entsprechen sie den Forderungen der Gerechtigkeit. Auch die Zersplitterung des Dienstvertragsrechtes der Angestellten in sechs Reichsgesetzen und Dutzenden von Landesgesetzen ist unhaltbar, weil die einzelnen Gruppen der Angestellten nicht scharf untereinander abzugrenzen sind. Sie bilden außerdem, wie die Vorgänge der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, ein wesentliches Hindernis einer wirksamen Sozialpolitik für alle Angestelltenberufe. Der Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht erklärt es deshalb für dringend notwendig, daß unbeschadet der Notwendigkeit, die Besonderheiten der einzelnen Angestelltenschichten zu berücksichtigen, ein einheitliches Angestelltenrecht geschaffen wird. Er betont jedoch ausdrücklich, daß ein einheitliches Recht, das sich auf die bloße Ausgleichung der bestehenden Unterschiede und die formale Zusammenfassung der Rechtsvorschriften beschränken würde, den zu stellenden Anforderungen noch keineswegs entspräche; vielmehr kommt es vor allem darauf an, die Rechtsverhältnisse aller Angestelltengruppen einer durchgreifenden Reform in sozialem Sinne zu unterziehen. Dabei ist sich der Kongreß bewußt, daß angesichts der Uebereinstimmung der Grundfragen des Angestelltenrechts mit denen des Arbeiterrechts das einheitliche Angestelltenrecht nur eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Arbeitsrecht bilden wird. Der Kongreß fordert die beteiligten Angestelltenverbände auf, die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts nach Kräften zu fördern."

* * *

Der Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung, Geheimer Regierungsrat Gruner, tritt aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurück. Er war der erste Präsident des Aufsichtsamts, das im Jahre 1902 zusammen mit dem sogenannten Aufsichtsgesetz für die private Versicherung ins Leben gerufen wurde. Man kann sich denken, daß die organisatorische Aufgabe, die dem Geheimrat Gruner damals übertragen wurde, mit nicht geringen Schwierigkeiten verknüpft war. Aber es darf gesagt werden, daß dieser Mann es verstanden hat, diese Aufgabe in glänzender Weise zu lösen, so daß ihm sicherlich jetzt von allen Seiten Dank und Anerkennung für seine Tätigkeit gezollt wird. Es mag erwähnt werden, daß unter Gruners Leitung das Kaiserliche Aufsichtsamt stets darauf bedacht gewesen ist, die private Versicherung auf gesunder Grundlage zu erhalten, daß es stets auf die Verschmelzung schwacher und deshalb wenig leistungsfähiger Kassen-Organisationen bedacht war und im einzelnen Grundsätze für das Versicherungswesen aufgestellt hat, die sich im Laufe der Zeit durchaus bewährt haben. Dabei fehlte es nicht an Verständnis für neue Vorschläge, und vor allem verdient hervorgehoben zu werden, daß es das Kaiserliche Aufsichtsamt niemals daran hat fehlen lassen, wenn es galt, Kassen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diese günstige Beurteilung ist in der Hauptsache auf das Verdienst des Geheimrats Gruner zurückzuführen, und es kann im Interesse der Allgemeinheit in der Tat nichts Besseres gewünscht werden, als daß sein Nachfolger im Amte die bisher vertretenen Grundsätze auch weiter pflegt.

* * *

Arbeiterbewegung. Der Streik der Bergarbeiter auf der Grube Hostenbach im Saarrevier dauert nun schon mehrere Wochen, ohne daß eine wesentliche Aenderung zu verzeichnen wäre. Die Zechenverwaltung sucht die Bergleute einzeln zu gewinnen. Die Belegschaft aber will nur durch den Arbeiterausschuß verhandeln. Allzulange dürfte die Entscheidung nicht mehr auf sich warten lassen. — Auch der Streik der Maßschuhmacher in Berlin nimmt seinen Fortgang, da die Unternehmer sich auf Verhandlungen bisher nicht eingelassen haben. — In Nürnberg ist den Ofensetzern der Tarif gekündigt worden. Die Unternehmer wollen ihnen die Löhne kürzen, worauf die Arbeiter mit dem Streik antworten wollen. Die endgültige Entscheidung ist zwar noch nicht getroffen, doch ist es wahrscheinlich, daß es zum Kampf kommt.

Im Kohlenrevier des nordamerikanischen Staates Colorado ist es zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen gekommen. Die brutale Rücksichtslosigkeit der Grubenbesitzer hat jahrelang sich über die gesetzlichen Vorschriften hinweggesetzt und dadurch unter den Bergleuten eine Erbitterung hervorgerufen, die jetzt gewaltsam zum Ausbruch gekommen ist. Zunächst sind die Arbeiter in den Streik getreten. Dabei sind mehrfach Ausschreitungen vorgekommen, so daß Militär herangezogen wurde. Zwischen diesem und den Streikenden sind blutige Kämpfe entbrannt, in denen zahlreiche Opfer gefallen sind. Erst in den letzten Tagen ist eine Art Waffenstillstand geschlossen worden.

* * *

Ein deutliches Wort mit dem Obermeister Rahardt, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, redet in seiner letzten Nummer der christliche „Holzarbeiter". In einer Zuschrift an die „Köln. Volks-Ztg." hatte Herr Rahardt seiner Anerkennung über die Handwerkerfreundlichkeit des genannten Blattes Ausdruck verliehen und dabei auch die Haltung der Reichsregierung scharf kritisiert, wodurch der Sozialdemokratie nur Wasser auf die Mühlen geleitet würde. Namentlich den „klaffenden Zwiespalt" zwischen Worten und Taten hatte Herr Rahardt dabei hervorgehoben. Darauf erwidert nun der „Holzarbeiter":

„Der Brief offenbart uns von neuem den klaffenden Zwiespalt", der zwischen den Worten und Taten, nicht etwa diverser Regierungsstellen — sondern des Herrn Rahardt besteht. Wer selbst den „Feinden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung" das Wasser auf die Mühlen leitet, wie Herr Rahardt, hat eigentlich das Recht verwirkt, anderen deswegen Vorwürfe zu machen. Die Tätigkeit des Herrn Rahardt als Vorsitzender des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat in erheblichem Maße dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande auf Kosten der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen Nutzen gebracht. In seiner offiziellen Tätigkeit als Schutzverbandsvorsitzender kennt Herr Rahardt nur den sozialdemokratischen Holzarbeiterverband. Nur mit diesem korrespondiert er, nur durch diesen läßt er notwendige Einladungen an die nichtsozialdemokratischen Holzarbeiterorganisationen ergehen. Ihm ist es gleichgültig, wie der Kampf der anderen Holzarbeiterorganisationen um die Rettung „großer und heiliger Werte" mit den „Feinden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung" ausläuft. Er kennt nur die an Mitgliedern stärkere Arbeiterorganisation. Er vertritt hier genau den Standpunkt der von ihm angegriffenen Regierungsstellen, die nur die politische und wirtschaftliche Stärke respektieren. Soziale und ethische Grundsätze bewegen ihn nicht. Ihm ists gleich, ob dem „konservativsten, loyalsten und gläubigsten Arbeiter die Galle überläuft" ob seiner Lieferung von Agitationsstoff an die Sozialdemokratie und deren Holzarbeiterverband. Er schaltet die nichtsoziald. Holzarbeiterorganisationen bei Verhandlungen aus und verbindet sich mit dem Vorsitzenden des soziald. Verbandes zu einer Doppelfirma, die der Reklame für den roten Verband dienstbar ist. Seine „Fachzeitung" ist so redigiert, daß die ehrbaren Handwerksmeister, die das Blatt lesen, die Ueberzeugung gewinnen müssen, als gebe es nur eine Organisation der Holzarbeiter und zwar die sozialdemokratische. Durch Abmachungen mit dem soziald. Holzarbeiterverband wird dieser verpflichtet, mit nicht- oder andersorganisierten Arbeitgebern in Lübeck keinen Tarif abzuschließen, wodurch der soziald. Holzarbeiterverband das Recht erhält, die Monopolstellung des paritätischen obligatorischen Arbeitsnachweises dazu zu benutzen, alle nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter von der Arbeitsvermittlung auszuschließen und dadurch brotlos zu machen. Herr Rahardt war es, der in gar beweglichen Tönen über die verderblichen Wirkungen der paritätisch-obligatorischen Facharbeitsnachweise klagte. Herr Rahardt war es aber auch, der als Vertrauensmann des Freiherrn von Berlepsch bei der großen Tarifbewegung 1913 dem soziald. Holzarbeiterverband zu dem Triumph verhalf, daß der Schiedsrichter zugunsten der früher von Rahardt verurteilten Arbeitsnachweisart seinen Schiedsspruch fällte. Herr Rahardt war es, der es in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeitgeber-Schutzverbandes nicht verhinderte, daß eine Anzahl Arbeitsnachweise entstanden, die in vorzüglicher Weise dazu dienen, die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes zu stärken. Die Förderung der Interessen des soziald. Holzarbeiterverbandes durch den Arbeitgeber-Schutzverband erscheint manchen Leuten so weitgehend, daß sie den Arbeitgeber-Schutzverband in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis von der soziald. Arbeiterorganisation vermuten."

An Deutlichkeit läßt diese Sprache nichts zu wünschen übrig. Es ist auch nicht das erste Mal, daß Herrn Rahardt derartige Vorwürfe gemacht werden. Auch in unserer „Eiche" haben wir öfter derartiges gelesen. Ob. der Angegriffene diese Vorwürfe nicht doch einmal näher prüfen und gegebenenfalls sein Verhalten in der Zukunft danach richten will?

* * *

Fabrik und Handwerk. Schon seit vielen Jahren müht man sich vergeblich ab, eine genaue Abgrenzung zwischen diesen beiden Begriffen zu finden. Jetzt hat der preußische Handelsminister eine Entscheidung getroffen, die aber sicherlich von vielen Seiten nicht als der Weisheit letzter Schluß angesehen werden wird. Anlaß dazu hat folgender Vorfall gegeben: Ein Kürschnereibetrieb in Berlin, der einen Jahresumsatz von 800 000 Mk. hat und 40 Arbeiter beschäftigt, wurde von der Handwerkskammer zu Beiträgen herangezogen. Gegen diese Veranlagung erhob der Betriebsinhaber Einspruch. Der Oberpräsident entschied auch auf Grund eines Gutachtens des zuständigen Gewerbeinspektors zugunsten des Betriebsinhabers. Jedoch die Handwerkskammer gab sich damit nicht zufrieden, sondern legte Beschwerde ein, die vom Minister als berechtigt anerkannt wurde. In der Begründung dieser grundsätzlich wichtigen Entscheidung des Ministers heißt es:

„Die Absatzorganisation und die damit verbundenen kaufmännischen Einrichtungen der Firma gehen über das im Handwerk übliche Maß hinaus, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die besondere Eigenart eines Kürschnereibetriebes, der sich mit der Verarbeitung wertvoller Pelze beschäftigt, ein über enge örtliche Grenzen hinausgehendes Absatzgebiet und eine entsprechende Organisation verlangt, sofern er sich zu einiger Bedeutung entwickeln will. Grundsätzlich unvereinbar mit dem Begriff des Handwerks ist eine solche Organisation nicht, wenn sie auch nicht die Regel bildet."

Es werden dann die handwerksmäßigen Merkmale des Betriebes aufgezählt und dann fortgefahren:

„Unter diesen Umständen ist die Entscheidung über den Charakter des Betriebes wesentlich abhängig von der gesamten Organisation. Dabei ist die Organisation des Absatzes von geringerer Bedeutung als die Organisation des Arbeitsprozesses. Diese muß aber als handwerksmäßig bezeichnet werden. Die Arbeitsweise in dem Betrieb der Firma entspricht im allgemeinen der im Kürschnerhandwerk üblichen. Der Betrieb weist nur insofern eine Besonderheit auf, als sein erheblicher Umfang eine eingehendere Arbeitsteilung mit sich bringt, doch geht die Arbeitsteilung nicht über das handwerksmäßige Maß hinaus. Die eigentliche Fellbearbeitung geschieht einheitlich durch gelernte Kürschner und lediglich die Hilfsarbeiten werden von besonderen weiblichen Arbeitskräften, die nur für einzelne Verrichtungen tätig sind, ausgeführt. Als eine fabrikmäßige Arbeitsteilung kann dies nicht angesehen werden. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist der Betrieb der Firma R. als ein handwerksmäßiger zu beurteilen. Demnach rechtfertigt sich seine Heranziehung zu den Handwerkskammerbeiträgen."

Uns und sicherlich vielen andern werden die vom Minister für seine Entscheidung vorgebrachten Gründe nicht gerade zwingend erscheinen.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Düsseldorf.** Christliche und Gelbe Arm in Arm! Dieses eigenartige Schauspiel können wir jetzt hier bei der Wahl zum Versicherungsamt des Stadtkreises Düsseldorf beobachten. Die Liste, auf der als zweiter Kandidat Herr Hüskes, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, verzeichnet ist, wird von Arbeitgeberseite durch Rundschreiben an die Leitungen der Betriebskrankenkassen angelegentlichst empfohlen. In dem Zirkular heißt es: „Die beiliegende, mit den christlichen Gewerkschaften und zum Teil mit den nationalen Werkvereinen zusammen aufgestellte Liste überreichen wir Ihnen mit dem Anheimgeben, dieselbe den Vorstandsmitgliedern Ihrer Kasse (Arbeitnehmer!) evtl. zur Annahme zu empfehlen." Höher geht es wahrlich nicht. In der Oeffentlichkeit gebärden sich die christlichen Gewerkschaften als die größten Gegner der Werkvereine, bei den Wahlen aber kämpfen sie mit ihnen Schulter an Schulter. Es ist wahrlich weit gekommen. Hoffentlich wird durch dieses Vorgehen den wirklich unabhängigen auf nationalem Boden stehenden Arbeitern klar, daß sie bei der Wahl am 6. Mai nur die Vorschlagsliste C der Privatangestellten, des landwirtschaftlichen und Hauspersonals und der Deutschen Gewerkvereine wählen dürfen.

§ **Königsberg i. Pr.** Schon seit dem Jahre 1911 hegten die vorwärtsstrebenden Kollegen unseres Orts-

verbandes den sehnlichen Wunsch, ein Arbeitersekretariat für unsern Bezirk ins Leben zu rufen. Es wurden weder Kosten noch Mühe zur Durchführung dieses wichtigen Plans gescheut. Die Kollegen waren sich auch bewußt, welch große Verantwortung sie namentlich bezüglich der Aufbringung der Kosten übernahmen. Im Jahre 1912 erging ein Rundschreiben an alle Ortsverbände des Bezirks mit Fragebogen, um festzustellen, wie sich die einzelnen Ortsverbände zur Gründung eines Sekretariats mit dem Sitze in Königsberg und zur Zahlung eines monatlichen Zuschusses von 10 Pfg. pro Mitglied stellten. Abgesehen von einigen Ortsverbänden wurde ein mehr oder weniger negatives Resultat erzielt. Auf Veranlassung des Vorstandes wurde dann im „Gewerkverein" ein Artikel veröffentlicht, der den Kollegen nochmals die Notwendigkeit der Gründung eines Sekretariats für den Osten eindringlich ans Herz legte. Auch wurden die Mitglieder zur Aufbringung des kleinen Opfers aufgefordert. Aber auch dies zog noch nicht, denn auf eine wiederholte Anfrage fiel die Antwort nicht viel günstiger aus als das erste Male. Nun ruhte die Angelegenheit bis Anfang dieses Jahres, wo vom neuen Ortsverbandsausschuß die Sache wieder aufgerollt wurde. In einer hauptsächlich wegen dieser Angelegenheit einberufenen kombinierten Sitzung wurde beschlossen, daß der Königsberger Ortsverband nun endlich eventuell allein vorgehen, also auch die Aufbringung eines Teiles der Kosten, die sich jetzt natürlich anders gestalten müßten, übernehmen solle. Mit dieser Frage beschäftigte sich die zum 19. April einberufene gutbesuchte Ortsverbandsversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Riemann, verstand es vortrefflich, den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit eines Sekretariats vor Augen zu führen. Daß seine Darlegungen auf guten Boden gefallen waren, bewies am besten die rege Diskussion, in der sämtliche Redner den festen Willen zur Tat erkennen ließen. Von den verschiedenen Vorschlägen zur Aufbringung der Kosten wurde schließlich ein Antrag angenommen, daß ein wöchentlicher Beitrag von 5 Pfg. pro Mitglied zu erheben sei, weil diese Art der Beitragseinziehung für die Kassierer einfacher und auch für die Mitglieder angenehmer ist. Bei dem gegenwärtigen Mitgliederstand würde auf diese Weise alljährlich eine Summe von etwa 1600 Mark zusammenkommen. Damit kann natürlich das Arbeitersekretariat nicht unterhalten werden. Die Versammlung sprach jedoch die Erwartung aus, daß der fehlende Betrag durch Zuschüsse des Zentralrats und der Hauptvorstände der einzelnen Gewerkvereine aufgebracht werde. Zur Durchführung der weiteren sich nunmehr ergebenden Arbeiten wurde eine Kommission gewählt, die aus den Kollegen Deichmüller vom Gewerkverein der Maschinenbauer, Petz vom Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter und Krumm vom Gewerkverein der Holzarbeiter besteht. Hoffentlich führen unsere Bemühungen nun endlich zu dem gewünschten Resultat.

Richard Möller, Schriftführer.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 29. April, abds. 8½ Uhr, Vortrag des Kollegen Lewin über: „Das Programm der Deutschen Gewerkvereine". Gäste willk. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.)** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr Uebungsstunde i. Verbandshause d. Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste willk. — Sonnabend, 2. Mai. **Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8½ Uhr Vers. mit Damen bei Gutzeit, Bergstr 69. Vortrag des Herrn Zoch: „Die Niederlausitz als Kohlenkammer der Mark Brandenburg". Mit Lichtbildern. Nachdem Tanz. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Abds. 8½ Uhr mit Damen im großen Saale Fruchtstraße 36 a. Mitteilungen. Vorschläge von Kollegen zum Hauptvorstand, Hauptrevisoren, sowie als Zentralratsvertreter. Lichtbildervortrag des Herrn O. Roje: „Ueber Rügen nach Bornholm und Kopenhagen". Anschließend Tanzkränzchen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8½ Uhr Vers. mit Damen im Nordwestkasino, Alt-Moabit 55. Vortrag des Herrn Eibel. Nachher Tanz. — **Maschinenbau u. Metallarbeiter IV.** Abends ½9 Uhr im Restaurant Schöpphau, Tempelhofer Ufer 6. Mitteilungen. Wahlvorschläge zum Hauptvorstand und Zentralrat. Verschiedenes. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VII.** Abds. 8½ Uhr Vers. mit Damen, Gerichtstr. 71. Protokoll. Mitteilungen. Beratung über Aufstellung von Kandidaten. Verschiedenes. **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Abends 8½ Uhr im Verbandshause, Greifswalderstr. 221—223. Bericht über die Versammlung für Soziale Reform. Besprechung über eine Herrenpartie. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XI.** Abends 8½ Uhr im Vereinslokal, Markthallen-Rest. Arminiusplatz. Vortrag des Kollegen Ehlert: „Moderne Meßmethoden im neuzeitlichen Maschinenbau und ihre Entwicklung". — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr, Zahlabend bei Krull, Putbuserstraße 52. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8½ Uhr Vers. Schönhauser Allee 65. Geschäftliches. Beschlußfassung über die Herrenpartie. Werkstattangelegenheiten.

Orts- und Medizinalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8½ Uhr, Vertreter-Sitzung in Burhops Gesellschaftshaus, Bremen, Nelkenstraße. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowerstr. 42 **Dessau.** Gewerkvereins-Liedertafel jeden Mittwoch, abds. 8½-11 Uhr Uebungsst. i. Vereinsl. „Fasan", Markt. — **Elberfeld-Barmen** (Ortsverband.) Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Vertretersitzung bei Roggenkämper, Elberfeld, Luisenstr.- und Erholungsstr.-Ecke. **Frankfurt a. O.** (Gewerkvereinsgesangchor). Jede Freitag von 8—10 Uhr Uebungsstunde im Vereinslokal Richtstr. 16. Verbandskollegen herzl. willkommen!

Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertretersitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6—8 Uhr, Diskutierstunde im Verkehrslokal von C. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Aachen.** Jeden dritten Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr Diskutierabend bei Ludewias — **Hamburg** (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8½ Uhr Ortsverbandsvertretersitzung bei Rose, Heinestr. — **Hamburg** (Rednerschule). Jeden Montag von ½9 bis ½11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. — **Hamburg** (Gewerkvereinsliedertafel). Jeden Donnerstag Uebungsstunde bei Thönert in Altona, Eimsbüttlerstraße 48—50 — **Herne** (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wilh. Ruhe, Bahnhofst. gegenüb. der evang. Kirche **Iserlohn.** Diskutierabend jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8½ Uhr bei D. Hilpke, Mendenerstr. 5. — **Köln** (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8½ Uhr Vertretersitzung in der Lenz-Erholung, Kreuzgasse. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9—11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim-Ruhr.** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags ½11 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Möller, Sandstraße 38. — **Stettin** (Sängerchor d. Gewerkvereine). Die Uebungsstunde finden jed. Dienstag abds. 8½ Uhr im Lokal Nebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. — **Stettin** (Ortsverb.). Diskutierklub. Sitzung jed. Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winter i. Bredow. — **Tegel** (Diskutierklub für Tegel, Borsigwalde u. Reinickendorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8—10 Uhr bei Römer, Schlieperstraße 28, Ecke Schönebergerstraße. — **Thorn** (Bäcker). Jeden Sonntag nach dem 1., Ortsvereinsversammlung bei Nicolei, Mauerstr. 62. — **Vetschau,** Diskutierklub. Jeden Donnerstag, abends von 8½—10½ Uhr Diskutierabend beim Kollegen Gönnel. — **Weißenfels a. S.** (Gesangverein „Harmonie" der Deutschen Gewerkvereine.). Uebungsstunden jed. Mittwoch, abds. von 8½ bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Klostergarten" Gesangliebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen. — **Weißenfels** (Ortsverband). Jeden 1. Sonnabend im Monat Diskutierklub in Hermanns Garten. — **Worms** (Ortsverband). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkvereine (H.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandslokal „Rheinial"

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin VIII. (Maschinenbau- u. Metallarbeiter). Otto Musleitner, Vorsitzender, Schwedterstr. 38. Max Schulz, 2. Vorsitzender, Greifswalderstraße 29. Heinrich Jordan, Schriftführer, N. 58, Hochmeisterstr. 17.

Berlin (Hauptvorstand der Konditoren, Bäcker usw.). Adolf Hiller, Vorsitzender, Neukölln. Jonasstr. 12. Paul Johannes, Hauptschriftführer, Pankow, Hertha-straße 12.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Kassen-Abschluß der Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine pro 1. Quartal 1914.

Einnahme	ℳ	₰	Ausgabe	ℳ	₰
An Vortrag	2050	55	Per Begräbnisgeld	460	—
„ Beiträgen	2797	58	„ Entschädigungen:		
„ Gestellte Kaution	5	86	Vertrauensmänner	96	98
„ Zinsen	838	50	Vorstandssitzungen	84	50
			Aufsichtsrat	12	50
			Kaiserl. Aufsichtsamt	1	80
			Protokollführung	15	—
			Geschäftsführung	165	—
			„ Bureaubedarf	18	—
			„ Depot-Gebühren	44	—
			„ Porto	75	66
			„ Zurückgezahlte Beiträge	1	69
			„ Zurückgezahlte Kaution	6	58
			„ Kassenbestand	4765	23
	5691	94		5691	94

Gesamt-Vermögen*)	Nennwert ℳ	₰	Ankaufswert ℳ	₰	Kurswert ℳ	₰
3% Deutsche Reichs-Anleihe	63500	—	58978	45	48101	25
3½% Berliner Stadt-Anleihe	25900	—	25735	—	22662	50
4% Berliner Stadt-Anleihe	18500	—	18509	70	18087	50
4% Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	3957	50	3936	—
4% Meining. Hypotheken-Pfandbriefe	9000	—	8985		8528	—
Kassenbestand	4765	28	4765	28	4765	28
	125665	28	120930	88	105925	48

Mitgliederzahl: 2649.

Berlin, den 1. April 1914.

R. Klein, Hauptkassierer. F. Neustedt, Hauptkontrolleur.

Geprüft und richtig befunden.

Berlin, den 9. April 1914.

F. Hüttig. W. Koch. A. Kröbsch. Herrmann Scharff.

*) Einschließlich der seitens des Hauptkassierers und der Vertrauensmänner geteilten Kaution in Höhe von Mark 391,99.

Hohenmölsen (Ortsverband) Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Kohl, Nordstr. 10

Neckermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung. Karten hierzu in Neckermünde beim Kollegen Aug. Krugel, Königstr. 6. In Torgelow beim Kollegen Richard Prietz, Friedrichstr. 16.

Hamm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Nachweis und 75 Pfg. Unterstützung oder Nachtlogis auf dem Bureau der Maschinenbauer, Wilhelmstr. 15.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Paul Müller, Bernsdorferstraße 31, abends von 6—8 Uhr ausgezahlt.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim Ortsverbandskass. Berthold Lindner, Kanthstr. 6.

Tschirndorf i. Schl. (Ortsv. d. Maschinenbauer). Durchreisende Gewerkvereins-Kollegen erhalten eine Unterstützung von 75 Pf. beim Kassierer Ernst Nitschke.

Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Lokal von M. Schneideratz, Moltke- und Bismarkstr.-Ecke.

Bautzen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Gerbe Wend. Graben 30.

Prenzlau (Ortsverb.). Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei Dittmar, Fischerstr. 666.

Burg b. Magdb. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Otto Tietz, Weinbergstr. 21.

Apolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterst. bei ihren Ortsvereinskassierern, Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten, bei G. Arndt, Königstr. 21.

Pr.-Stargard (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 0,75 Mk. bei dem Ortsverbandskassierer L. Herrmann, Markt 32.

Biberach a. Riß (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgeschenk, beim Ortsverbandskassierer J. Schneider, Saulgauerstr. 24. Herberge zum roten Ochsen, Marktplatz.

Kattowitz (O.-Schl.). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer, Koll. Georg Schmierek, Goethestr. 11 part. (Mittags 12—1, abends nach 6Uhr.)

Friedrich Naumann.

Neudeutsche Wirtschaftspolitik

3. Veränderte Auflage.

Fortschritt (Buchverlag der „Hilfe"), G. m. b. H. Berlin-Schöneberg 1911.

Das anschaulich und fesselnd geschriebene Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftsvolk. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Güteraustausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben.

Das Buch ist in dauerhaftem Leinenband für Gewerkvereinsmitglieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einsendung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23 zu richten.

Durch unser Verbandsbureau, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23, zu dem Vorzugspreise von 20 Pfg. zu beziehen ist die Schrift:

Die Schwindsucht der Arbeiter

ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung

von

Prof. Dr. Th. Sommerfeld.

64 Seiten 8°.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Goebecke u. Gallinek, Berlin W., Potsdamerstr. 116